



115/2008

Kiel, 8. September 2008

## **Vorschau auf die Themen der Landtagssitzung: Landtag berät in Erster Lesung über Landeshaushalt 2009/2010**

*Kiel (SHL) – Mit der Ersten Lesung des Landeshaushaltes beginnt der Landtag seine erste Plenartagung nach der Sommerpause am Mittwoch, 10. September 2008. Darüber hinaus werden bis Donnerstagabend weitere Gesetzentwürfe und Anträge der Fraktionen im Plenum diskutiert. Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet die Internet-Zeitung des Landtages, plenum-online. Sie ist unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) erreichbar.*

### **Mittwoch, 10. September 2008, 10:00 bis 17:30 Uhr**

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt das Plenum der verstorbenen Abgeordneten Monika Schwalm (CDU) und des ehemaligen Abgeordneten Wilhelm Marschner (SPD). Anschließend wird die nachgerückte Abgeordnete Jutta Scheicht (CDU) durch Landtagspräsident Martin Kayenburg verpflichtet.

Anschließend wird das Plenum über einen **Dringlichkeitsantrag** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Situation der **HSH Nordbank** entscheiden (Drs. 16/2222). Darin wird ein mündlicher Bericht der Landesregierung gefordert, bei dem „insbesondere auf den beschlossenen Arbeitsplatzabbau und auf die Entwicklung des Kerngeschäftes und des Neugeschäftes eingegangen werden“ soll, so die Grünen. Stimmt das Plenum mit einer Zweidrittelmehrheit der Dringlichkeit zu, wird der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen. Bei Ablehnung der Dringlichkeit wird der Antrag in der Oktober-Tagung (8. – 10.10.2008) des Landtages diskutiert.

**TOP 3 Erste Lesung a) Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010 (Drs. 16/2150), b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2008 bis 2012 (Drs. 16/2198), Gesetzentwurf der Landesregierung, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 180 Minuten**

Die Landesregierung legt dem Landtag ihren Entwurf eines Doppelhaushaltes für die Jahre 2009 und 2010 vor. Zudem berät das Parlament den Finanzplan des Landes für die Jahre 2008 bis 2012. Die Ausgaben sind für das Jahr 2009 mit 8,94 Milliarden Euro und für 2010 mit 9,16 Milliarden Euro veranschlagt. Die Nettokreditaufnahme bleibt mit 570 Millionen (2009) und 530 Millionen (2010) erstmals seit Jahren innerhalb der Verfassungsgrenze. Das bedeutet: Die Summe der Investitionen liegt über der Neuverschuldung. Die Investitionsausgaben belaufen sich 2009 auf 857,1 und 2010 auf 823,9 Millionen Euro. Die Investitionsquote liegt damit bei 9,6 und 9,0 Prozent. Schleswig-Holstein ist derzeit mit 23 Milliarden Euro verschuldet und muss deshalb jährlich eine knappe Milliarde für Zinsen ausgeben.

Einsparungen hat die Landesregierung beispielsweise beim Personal vorgesehen. Im Stellenplan des Doppelhaushaltes fallen 1.915 Stellen weg. Diesen stehen 1.235 neue Stellen gegenüber, von denen 930 Lehrer sind. Im Saldo werden also 680 Stellen gestrichen. Für den Zeitraum ab 2011 ist in der Koalition vereinbart, dass aufgrund rückläufiger Schülerzahlen schrittweise 2.900 Lehrerstellen abgebaut werden.

Kernpunkt auf der Ausgabenseite ist ein „Zukunftspakt“ für Bildung und Wissenschaft mit einem Volumen von 120 Millionen Euro. Aus dem 120-Millionen-Euro-Programm für Bildung und Wissenschaft entfallen 12 Millionen auf Betriebskosten für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren. 50 Millionen Euro sind für das geplante beitragsfreie Kindergarten-Jahr vorgesehen. Für eine bessere Lehrerversorgung an Gymnasien sowie Regional- und Gemeinschaftsschulen soll es in den beiden Haushaltsjahren jeweils 150 zusätzliche Lehrerstellen geben. Dafür werden insgesamt 22 Millionen Euro aufgebracht. 36 Millionen Euro fließen in Spitzenforschung und zusätzliche Studienplätze.

**TOP 13 Den Nationalpark Wattenmeer vor Ausweitung der Ölförderung schützen (Drs. 16/2203), Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Grünen erneuern ihre Kritik an den Öl-Probebohrungen im Wattenmeer. Konkret wird die Landesregierung aufgefordert, auf die Rücknahme der so genannten „Aufsuchungserlaubnis“ zu drängen, die das Bergbauamt im niedersächsischen Clausthal-Zellerfeld dem Energiekonzern RWE Dea im Frühjahr erteilt hat. Das Unternehmen will auch im nordfriesischen Teil des Watts nach Ölvorkommen forschen. Dies sei rechtswidrig, betonen nun die Grünen und beziehen sich dabei auf ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages. Zudem bekräftigt die Oppositionsfraktion ihre bereits im April geäußerte Kritik an einer Ausweitung der Explorationsbohrungen von RWE Dea außerhalb der Plattform Mittelplate vor Dithmarschen, für die es einen Bestandschutz gibt. Diese Untersuchungen stünden im Widerspruch zum Landes-Nationalparkgesetz. Die Grünen wenden sich zudem gegen Schrägbohrungen ins Watt vom Land aus: Dies könne zu Bodenabsenkungen führen.

RWE Dea fördert im größten Nationalpark Westeuropas schon seit 1987 Öl, bisher mehr als 20 Millionen Tonnen. 30 bis 35 Millionen Tonnen sind nach dem heutigen Stand der Technik noch möglich. Der Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer, einer von 14 deut-

schen Nationalparks, wurde 1985 gegründet und ist das größte Gebiet dieser Art in Mitteleuropa. Der Park beherbergt rund 3.200 Tierarten, darunter 250, die nur in den Salzwiesen des Wattenmeeres vorkommen.

**TOP 16 Versenken von Felsblöcken im „Sylter Außenriff“ (Drs. 16/2217), Antrag der FDP-Fraktion, geplanter Aufruf 15:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die FDP fordert die Landesregierung auf, ihre Position zu der Aktion der Umweltschutzorganisation Greenpeace vor Sylt darzulegen. Die Umweltschützer haben Mitte August damit begonnen, in einem Naturschutzgebiet westlich der Nordseeinsel Felsblöcke im Meer zu versenken. Hiermit wollen die Aktivisten nach eigenen Angaben das von der Bundesregierung ausgewiesene 5.300 Quadratmeter große Schutzgebiet „Sylter Außenriff“ vor der Zerstörung durch Grundschleppnetze und Saugbagger schützen. Bislang sind so nach Medienangaben 300 Steine versenkt worden.

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) hat unterdessen den Bund aufgefordert, das Versenken der Felsblöcke zu unterbinden. Dazu müssten die Ministerien für Umwelt und Verkehr ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einleiten. Bisher fehle der Bundespolizei die Möglichkeit einzuschreiten, bemängelte der Regierungschef. Das Gesetz untersage es, Abfälle und sonstige Stoffe in die Hohe See einzubringen. Das Landgericht Hamburg hat Greenpeace Ende August in einer einstweiligen Verfügung verboten, Steine in dem Seegebiet zu versenken. Den Umweltschützern wird darin ein Zwangsgeld in Höhe von 250.000 Euro oder Ordnungshaft bis zu sechs Monaten angedroht.

**TOP 6 Erste Lesung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen (Drs. 16/2201), Gesetzentwurf Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 16:00 Uhr, geplante Redezeit 25 Minuten**

Nach den Unstimmigkeiten über die Mandatsvergabe im Anschluss an die Kommunalwahl vom Mai wollen die Grünen das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz an zwei Punkten ändern: Zum einen plädieren sie dafür, die Wählerstimmen künftig nach dem aus ihrer Sicht gerechteren System Sainte-Laguë in Mandate umzurechnen. Im Lande findet derzeit das Verfahren nach d'Hondt Anwendung. Zum anderen drängen sie auf eine Neufassung der Bestimmungen zu den Überhang- und Ausgleichmandaten. Bei diesem Punkt hatte es nach der Kommunalwahl Ende Mai in verschiedenen Kreisen und Städten Unklarheiten gegeben. Bereits im Juli hatte die Oppositionsfraktion die gleichen Änderungen im Wahlrecht zum Landtag gefordert.

**TOP 10 Ökostrombeschaffung für Landesliegenschaften (Drs. 16/2183), Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 16:25 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Grünen wollen das Land verpflichten, in seinen Gebäuden und Liegenschaften ausschließlich Ökostrom zu verwenden. Sie verweisen auf das von der Bundesregierung ausge-

gebene Ziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent abzusenken. Die öffentliche Verwaltung habe beim Erreichen dieser Marke eine „Vorbildfunktion“, so die Oppositionsfraktion. Beim Einkauf zertifizierten Ökostroms darf nach Auffassung der Grünen aber kein Strom mit RECS-Zertifikat erworben werden. RECS ist die Abkürzung für "Renewable Energy Certificates System". An dieser Organisation beteiligen sich unter anderem große Stromkonzerne wie E.On, RWE und Vattenfall. Nach Angaben des Statistikamts Nord wurden in Schleswig-Holstein im Jahre 2005 rund 13,1 Millionen Megawattstunden (MWh) Strom verbraucht. Davon entfielen fünf Millionen auf Industrie und Gewerbe, 5,1 Millionen auf die privaten Haushalte und drei Millionen auf weitere Nutzer – etwa auf die öffentliche Verwaltung.

**TOP 12 Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen (Drs. 16/2202), Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 16:55 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Grünen fordern eine vereinfachte Anerkennung der Berufs- und Studienabschlüsse von Migranten. Hierfür soll sich die Landesregierung einsetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, schlagen die Grünen unter anderem eine bundesweit einheitliche Anerkennungspraxis vor. Das Land soll zudem einen mehrsprachigen Wegweiser für Zuwanderer erstellen und spezielle Berufssprachkurse anbieten. Die Oppositionsfraktion schätzt die Zahl der zugewanderten Akademiker, deren Abschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden, bundesweit auf 500.000. Generell sei laut einer OECD-Studie „in nur wenigen Ländern die formelle Qualifikationsstruktur der eingewanderten im Vergleich zur übrigen Bevölkerung so ungünstig wie in der Bundesrepublik Deutschland“. Entsprechend liege die Arbeitslosenquote ausländischer Akademiker hierzulande mit 12,5 Prozent deutlich über der Quote der einheimischen Uni-Absolventen (4,4 Prozent), und viele ausländische Akademiker müssten unqualifizierten und schlecht bezahlten Tätigkeiten nachgehen.

Nach Angaben der Landesregierung kostet die Anerkennung eines ausländischen Studienabschlusses in Schleswig-Holstein zurzeit 102 Euro und dauert sechs bis sieben Monate. Es gibt unterschiedliche Verfahren: Bei den meisten Studienabschlüssen wendet sich das Landes-Wissenschaftsministerium an die Kultusministerkonferenz, wo es eine Gutachterstelle gibt. Technikerzeugnisse bewertet die Industrie- und Handelskammer beziehungsweise die Handwerkskammer, zahnmedizinische und pharmazeutische Berufsabschlüsse können beim Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit anerkannt werden.

**Donnerstag, 11. September 2008, 10:00 bis 17:30 Uhr**

**TOP 17 Illegaler Datenhandel (Drs. 16/2218), Antrag Fraktionen CDU und SPD, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten**

CDU und SPD fordern einen Regierungsbericht über den illegalen Handel mit privaten Daten in Schleswig-Holstein, der im August für Schlagzeilen gesorgt hat. Ausgangspunkt war eine CD mit Daten von 17.000 Bundesbürgern, die der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein zugespielt wurde. Sie enthält Angaben über Name, Geburtsdatum, Adresse, Kontoverbindung und Telefonnummern. Die Betroffenen waren allesamt Kunden der Süddeutschen Klassenlotterie. Der Verdacht: Mitarbeiter eines Callcenters haben die Kunden-Informationen abgezweigt, um sie weiterzuverkaufen. Datenschützer geben zu bedenken, dass dieser Fall nur die Spitze des Eisbergs sei: Millionen von persönlichen Daten seien illegal im Umlauf. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung eine Bundesratsinitiative aufgelegt, um die Bürger besser vor Datenmissbrauch und unerwünschten Telefonanrufen zu schützen: Das Bundesdatenschutzgesetz solle so geändert werden, dass personenbezogene Daten für Werbezwecke nur weitergegeben werden dürfen, wenn der Betroffene vorher ausdrücklich zustimme. Nach geltendem Recht dürfen Unternehmen Daten wie Name, Adresse, Berufsbezeichnung und Geburtsjahr auch ohne ausdrückliche Einwilligung zu Werbezwecken nutzen oder an Dritte weitergeben.

**TOP 14 Ermöglichung von kommunalen Shared-Space-Konzeptionen (Drs. 16/2213), Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Grünen sprechen sich für mehr verkehrsberuhigte Zonen in Schleswig-Holsteins Städten und Gemeinden aus. Entsprechend soll die Verkehrsaufsicht der Kreise die Einrichtung so genannter „Shared-Space“-Zonen genehmigen können, und die Landesregierung soll die Kommunen über die Vorteile dieses Konzeptes informieren. Der Begriff bedeutet „gemeinsam genutzter Raum“. Die „Shared-Space“-Idee stammt von dem niederländischen Verkehrswissenschaftler Hans Modeman. Das Prinzip: In einem zentralen innerörtlichen Verkehrsraum werden Bürgersteige, Radwege, Ampelanlagen, Zebrastreifen und Verkehrsschilder abgebaut und alle Verkehrsteilnehmer bewegen sich auf einer Ebene. Es gilt die Regel rechts vor links, und die verschiedenen Verkehrsteilnehmer verständigen sich per Blickkontakt oder Handzeichen. Dies soll nach Ansicht der Grünen zu einer Verlangsamung des Verkehrs führen, und damit zu weniger Lärm und mehr Sicherheit. Sie berufen sich dabei auf Pilotprojekte in den Niederlanden, Dänemark und der niedersächsischen Gemeinde Bohmte (Landkreis Osnabrück).

**TOP 15 Bundesratsinitiative zum besseren Schutz von Berufsheimnisträgern (Drs. 16/2216), Antrag FDP-Fraktion, geplanter Aufruf 11:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die FDP will eine einheitliche Regelung zum Schutz des Berufsgeheimnisses herbeiführen. Hierzu soll die Landesregierung eine Bundesratsinitiative starten, um die Strafprozessordnung dahingehend zu ändern. Mit dem Antrag legt die FDP einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor. Bislang gilt ein umfassender Schutz vor polizeilichen und staatsanwaltschaftli-

chen Ermittlungen nur für Geistliche, Strafverteidiger und Abgeordnete. Für Ärzte, Rechtsanwälte oder Journalisten kann das Zeugnisverweigerungsrecht hingegen nur nach einer Prüfung im Einzelfall gewährt werden. Dies, so die Liberalen, verkenne das Berufsbild des Anwalts und könne das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient gefährden.

**TOP 17 a Faire Zerlegung der Gewerbesteuer beim Betrieb von Windenergieanlagen (Drs. 16/2221), Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Grünen wollen ins Gewerbesteuerrecht eingreifen und damit die Anreize für die Ansiedlung von Windparks erhalten. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesfinanzhofs in München vom April. Demnach haben nur noch die Gemeinden Anspruch auf einen Anteil an der Gewerbesteuer, in denen die Windunternehmen ihren Firmensitz haben – jedoch nicht mehr jene Kommunen, in denen die Windräder aufgestellt werden. „Damit sinkt das Interesse dieser Gemeinden an einer Ansiedlung bzw. Erneuerung von Windenergie- oder Photovoltaikanlagen“, so die Grünen in ihrem Antrag. Die Oppositionsfraktion fordert deswegen die Landesregierung auf, im Bundesrat auf eine Gesetzesänderung zu drängen. Nach Angaben der Grünen haben die Betreiber der Windanlagen im vergangenen Jahre insgesamt 36,4 Millionen Euro an Gewerbesteuern an die Standortgemeinden abgeführt.

**TOP 30 Frauen im Justizvollzugsdienst (Drs. 16/2186), Bericht der Landesregierung, geplanter Aufruf 12:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Auf Antrag der Liberalen berichtet die Landesregierung über die Arbeitsbedingungen von Frauen im Justizvollzugsdienst. Im Hintergrund steht die Frage, ob Frauen hier gleichberechtigt mit ihren männlichen Kollegen sind. Dem Bericht aus dem Justizministerium zufolge sind in den fünf Gefängnissen des Landes derzeit 204 der 866 Planstellen im Justizvollzug mit Frauen besetzt. Das entspricht einer Quote von 23,5 Prozent. Am 1. September wurden 17 Justizvollzugsdienstankwärter eingestellt, darunter drei Frauen. Der Frauenanteil ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen: Seit 1977 steht die Resozialisierung im Zentrum des Strafvollzugs, so dass verstärkt Psychologinnen und Sozialpädagoginnen eingestellt wurden. 1989 haben in Schleswig-Holstein die ersten Frauen im Vollzugsdienst ihre Arbeit aufgenommen. Im vergangenen Jahr ist erstmals eine Frau zur Leiterin einer Anstalt ernannt worden, der Jugendanstalt Schleswig.

**TOP 7 und 9 Erste Lesungen Gesetzentwürfe zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/2205) und FDP-Fraktion (Drs. 16/2215), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Nach dem Ende Juli gefällten Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zum Rauchverbot in Gaststätten legen Grüne und FDP jeweils eigene Entwürfe zur Anpassung des schleswig-holsteinischen Nichtraucher-Schutzgesetzes an die neue Rechtslage vor. Die Grünen wollen die so genannte Nebenraum-Regelung aus dem Gesetz streichen und ein

absolutes Qualm-Verbot in der Gastronomie einführen. Die Liberalen streben hingegen eine Ausnahmeregelung für kleine Ein-Raum-Gaststätten an. Hier soll der blaue Dunst wieder erlaubt werden, wenn die Kneipe weniger als 75 Quadratmeter Fläche hat, wenn keine zubereiteten Speisen angeboten werden, wenn Kinder und Jugendliche keinen Zutritt haben und wenn die Einrichtungen als Rauchergaststätte gekennzeichnet sind. In diesen Punkten schließt sich die FDP dem BVG-Spruch an. Zudem fordert die FDP Sonderregelungen, die geschlossenen Gesellschaften in Gasthöfen das Rauchen ermöglichen.

**TOP 11 und 20 Anträge zur Lehrerausbildung und der zukünftigen Finanzierung der Universität Flensburg, Beschlussempfehlung Bildungsausschuss (Drs. 16/2182), Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/2200), geplanter Aufruf 15:30 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten**

Die Grünen setzen die Lehrerausbildung an der Uni Flensburg erneut auf die Tagesordnung. Anlass ist ein Gutachten, das einen Lehrkräftemangel an der Hochschule feststellt. Ende Juli ist die mangelhafte Finanzausstattung der Uni Flensburg in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt. Laut dem Expertenpapier der „Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover“ (ZEvA), die den Studiengang Vermittlungswissenschaften überprüft hat, gibt es an der Uni zu wenig Lehrpersonal: Es fehlten vier bis sieben Professoren und elf bis 13 Mitarbeiter. Konsequenz: Die ZEvA hat der Universität die Akkreditierung für den Bachelorstudiengang Vermittlungswissenschaften vorübergehend entzogen. Sie hat nun 18 Monate Zeit, die Situation zu verbessern. Laut ZEvA kann diese Situation später die Einstellungschancen der Absolventen beeinträchtigen.

Vor diesem Hintergrund fordert die Oppositionsfraktion die Landesregierung auf, „schnellstmöglich die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Universität Flensburg die ihr übertragenen Aufgaben auf hohem Niveau wahrnehmen kann“. Zudem fordern die Grünen, die Ausbildung der Pädagogen an die neue Schulstruktur im Lande anzupassen und die Lehrer nicht mehr für Schularten, sondern für bestimmte Altersstufen auszubilden. Und: Die Uni soll mit „Kooperationsschulen“ zusammenarbeiten.

Der Bildungsausschuss empfiehlt zudem, einen SSW-Antrag, der eine bessere Finanzausstattung der Uni Flensburg einfordert, mit Zustimmung der Antragsteller für erledigt zu erklären.

**TOP 33 Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein (Drs. 16/2189), Bericht der Landesregierung, geplanter Aufruf 16:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

In ihrem von den Koalitionsfraktionen CDU und SPD angeforderten Bericht zur Lage am Lehrstellenmarkt zieht die Landesregierung eine überwiegend positive Zwischenbilanz für das laufende Ausbildungsjahr, das am 30. September endet.

So verzeichneten die Arbeitsagenturen Ende August 14.987 Ausbildungsplätze im Lande – 759 oder 5,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Hiervon waren Ende letzten Monats noch 1.975 unbesetzt. Gleichzeitig waren 3.378 Bewerber unversorgt. Zum Vergleich: Im Jahr 2007 wa-

ren zu diesem Zeitpunkt 4.292 Jugendliche noch nicht fündig geworden; allerdings drängten im letzten Jahr auch rund zwölf Prozent mehr Bewerber auf den Markt als in diesem Jahr. Zu den Bewerbern zählen Schulabsolventen wie auch erfolglose Alt-Bewerber aus den Vorjahren und Jugendliche, die in den berufsvorbereitenden Maßnahmen der Arbeitsagenturen auf das Berufsleben vorbereitet wurden. Das Wirtschaftsministerium hofft, im Zuge der Nachvermittlung allen Interessierten ein Ausbildungs- und Qualifizierungsangebot machen zu können.

Es treten erhebliche Unterschiede zwischen den Branchen auf. Sehr gute Aussichten auf einen Ausbildungsplatz gibt es noch bei Banken und Versicherungen, im Hotel- und Gaststättengewerbe oder in der Lebensmittelbranche. Demgegenüber verzeichnen der Einzelhandel, der Kfz-Bereich wie auch die Tätigkeit der Arzthelferin und des Bürokaufmanns einen sehr großen Andrang.

Im Lande gibt es auch erhebliche regionale Unterschiede. So verzeichneten die Arbeitsagenturen in Neumünster, Kiel und Elmshorn eine mehr als zehnprozentige Steigerung bei der Zahl der angebotenen Lehrstellen. In Lübeck und Heide war die Entwicklung hingegen rückläufig.

### **TOP 34 Unterrichtssituation im Schuljahr 2007/2008 (Drs. 16/2212), Bericht der Landesregierung, geplanter Aufruf 17:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Landesregierung präsentiert ihren jährlichen Bericht über die Unterrichtssituation an Schleswig-Holsteins Schulen. Er behandelt das abgelaufene Schuljahr 2007/2008.

Einige Aspekte:

Die Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen des Landes ist erneut leicht zurückgegangen – um 0,1 Prozent auf 415.600. Allerdings konnten die Gymnasien, die Gesamtschulen und die neu eingerichteten Gemeinschaftsschulen ein Plus an Schülern verzeichnen, während alle anderen Schultypen rückläufige Zahlen verzeichneten. Die Klassengröße lag in den Grundschulen bei 21,7 und in den Hauptschulen bei 21,5. Im Schnitt besuchten 22,9 Realschüler, 25,8 Gymnasiasten (in der Unter- und Mittelstufe) und 19,6 Berufsschüler eine Klasse. Damit lag Schleswig-Holstein jeweils unterhalb des Durchschnitts aller Bundesländer.

Die Zahl der Einschulungen war im fünften Jahr in Folge rückläufig: Sie sank um 440 auf 27.245. Im Schuljahr 07/08 wurden insgesamt 750 Lehrer dauerhaft in den Schuldienst übernommen. 1.063 Pädagogen erhielten Zeitverträge. Zudem wurden 617 Bewerber in den Vorbereitungsdienst aufgenommen. Die Lehrer erteilten insgesamt 368.000 Unterrichtsstunden, knapp 4.000 weniger als im Schuljahr zuvor. Der Unterrichtsausfall lag bei 1,74 Prozent. Zum Vergleich: Im Schuljahr 2003/04 waren es 2,6 Prozent.

Bei den erteilten Unterrichtsstunden pro Schüler rangiert Schleswig-Holstein überwiegend unter dem Länderschnitt. Eine überdurchschnittliche Versorgung gab es im Lande nur bei den Realschulen und der Unter- und Mittelstufe des Gymnasiums.

**Hinweis:**

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) unter *plenum-online*. Die September-Ausgabe wird voraussichtlich am Nachmittag des 9. September 2008 ab ca. 16:00 Uhr ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten.

Der Sender *Kiel TV* (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung live im Fernsehen.

## Reihenfolge der Beratung der 35. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	voraussichtl. Beginn der Beratung
	<b>Mittwoch, 10. September 2008</b>		
<b>3</b>	<b>a) Entwurf eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010 b) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2008 bis 2012</b>	<b>180</b>	<b>10:00</b>
13	Den Nationalpark Wattenmeer vor Ausweitung der Ölförderung schützen	30	15:00
16	Versenken von Felsblöcken im „Sylter Außenriff“	30	15:30
6	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen	25	16:00
10	Ökostrombeschaffung für Landesliegenschaften	30	16:25
12	Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen	30	16:55
	<b>Donnerstag, 11. September 2008</b>		
<b>17</b>	<b>Illegaler Datenhandel</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
14	Ermöglichung von kommunalen Shared-Space-Konzeptionen	30	11:00
15	Bundesratsinitiative zum besseren Schutz von Berufsgheimnisträgern	30	11:30
17A	Faire Zerlegung der Gewerbesteuer beim Betrieb von Windenergieanlagen	30	12:00
30	Frauen im Justizvollzugsdienst	30	12:30
<b>7 und 9</b>	<b>Gesetzentwürfe zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens</b>	<b>30</b>	<b>15:00</b>
<b>11 und 20</b>	<b>Anträge zur Lehrerausbildung und der zukünftigen Finanzierung der Universität Flensburg</b>	<b>60</b>	<b>15:30</b>
33	Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein	30	16:30
34	Unterrichtssituation im Schuljahr 2007/08	30	17:00

<b>Zu folgendem Tagesordnungspunkt ist eine Aussprache nicht vorgesehen:</b>			
<b>TOP</b>			
21	Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. April 2008 bis 31. Juni 2008		